



Bündnis Sahra Wagenknecht
Fraktion in der Regionsversammlung Hannover

Mit Vernunft und Gerechtigkeit für die Region Hannover

Drei Jahre Einsatz für politische Transparenz
und öffentliche Daseinsfürsorge

Dr. Ulrich Wolf
Stv. Fraktionsvorsitzender

Jessica Kaußen
Fraktionsvorsitzende



Inhalte der Zwischenbilanz

Seite	Thema
1	Einleitung
2	Eine starke Stimme für das BSW Hannover
3	Rot-Grünes Chaos bei der S-Bahn-Privatisierung benennen
4	Kein Bock auf Chipkarte? Das Schweigen des Verkehrsdezernenten
4	Kosten der Unterkunft – Miete nicht vom Mund absparen
5	Klinikum Region Hannover – Keine schleichende Privatisierung auf Raten
5	Gut unterwegs – auch mit Behinderung
6	Verkehrsinfrastruktur der Zukunft – Mit Schnellstraßen zurück in die Vergangenheit
6	Wohnen in unserer Region muss wieder bezahlbar werden
7	An der Seite der örtlichen Friedensbewegung
8	Kommunale Demokratie in der Region – eine kritische Bestandsaufnahme
9	Kommunale Haushaltspolitik – Bund und Land in die Pflicht nehmen
9	Was sonst noch wichtig war...

Einleitung



Die Region Hannover gibt es seit dem Jahr 2001. Die Regionsversammlung ist die Vertretung und damit Hauptorgan der Region Hannover. Seit Gründung der Region wurde die Versammlung 2021 zum fünften Mal anlässlich der in Niedersachsen stattfindenden Kommunalwahl gewählt. Die Wahlbeteiligung bei dieser Wahl lag bei gerade 54,7 Prozent und die Partei Die Linke konnte drei Mandate in der Versammlung erringen. Zu den Mandatsträgern gehören Jessica Kaußen und Dr. Ulrich Wolf. Beide Abgeordnete bilden seit Mai 2024 die Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht in der Regionsversammlung Hannover, kurz BSW-Fraktion genannt.

“

Jessica Kaußen
FRAKTIONSVORSITZENDE

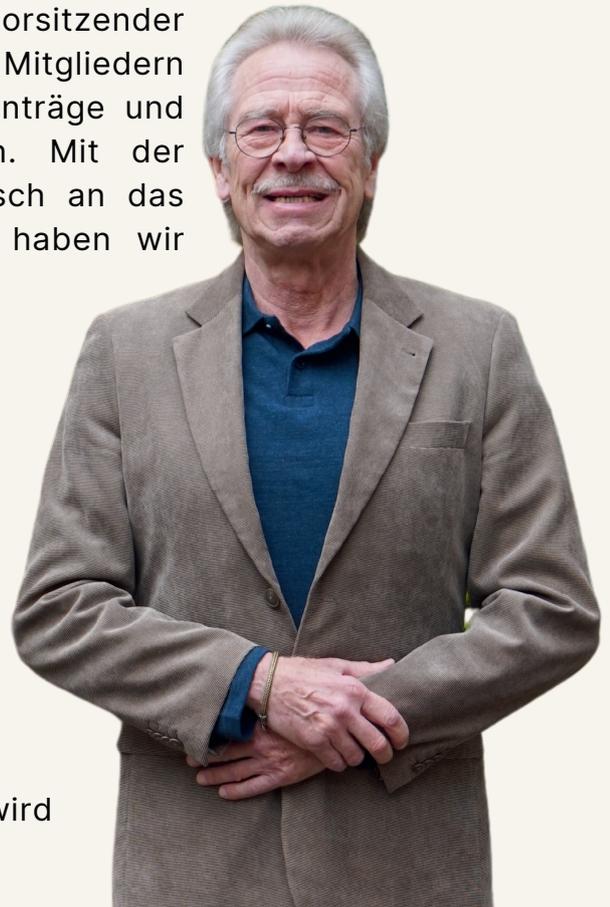
Nur eine gute öffentliche Infrastruktur garantiert eine lebenswerte Region für alle Einwohner und Einwohnerinnen.

”



Eine starke Stimme für das Bündnis Sahra Wagenknecht in Hannover

Sowohl unsere Fraktionsvorsitzende Jessica Kaußen als auch unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Ulrich Wolf gehören zu den engagiertesten Mitgliedern der Regionsversammlung, wie zahlreiche Anträge und Anfragen in dieser Wahlperiode belegen. Mit der Entscheidung, die Fraktion nunmehr politisch an das Bündnis Sahra Wagenknecht anzubinden, haben wir dem Wunsch zahlreicher Wählerinnen und Wähler entsprochen, die im Jahre 2021 ihre Stimme auch für Sahra Wagenknecht abgegeben hatten. Die Wahlerfolge des neuen Bündnisses zeigen, dass die Inhalte, die Sahra Wagenknecht vertritt, gesellschaftlichen Zuspruch finden. Die Wähler bleiben beim BSW, mehr noch, es werden neue Wählerschichten angesprochen. Wir vertreten weiterhin die Menschen in der Region, die bei der letzten Wahl Sahra Wagenknecht auch kommunal ihre Stimme geben wollten. Für uns steht fest: Das BSW wird eine wichtige politische Kraft in diesem Land werden und dafür sorgen, dass die Themen soziale Gerechtigkeit, öffentliche Daseinsfürsorge und Friedenspolitik nicht in der gesellschaftlichen Versenkung verschwinden. Dazu wollen wir in der Region Hannover unseren Beitrag leisten.



Dr. Ulrich Wolf

STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER



Wir brauchen eine Verkehrspolitik, die die ökologische Wende vorantreibt.



www.bsw-regionsfraktion-hannover.de

Rot-Grünes Chaos bei der S-Bahn-Privatisierung benennen

Regionspräsident Krach hat das Problem der S-Bahnprivatisierung geerbt. Mit seinem Verkehrsdezernenten Franz versucht er hinter dem Rücken der Öffentlichkeit das Missmanagement der Region bei der Privatisierung zu verschleiern. Alle wichtigen Beschlussdrucksachen zur Kündigung von Verträgen mit Bahnbetreibern und deren Entpflichtung aus laufenden Verträgen, werden im nichtöffentlichen Regionsausschuss über Eildrucksachen durchgedrückt. Dort haben aber nur die Privatisierungsparteien von SPD, Grünen, CDU und FDP Stimmrechte. Bei einigen Drucksachen fragen wir uns, ob die ehrenamtlichen Abgeordneten diese überhaupt lesen, wenn millionenschwere Konsequenzen für die Regionkasse einfach durchgestimmt werden. Das BSW wird hier am Ball bleiben und immer wieder kritisch nachfragen, ob alles rechtlich sauber ist, was

beschlossen wurde und wird. Verkehrsdezernent Franz versucht den schwarzen Peter hier an die privaten Bahnunternehmen weiterzugeben, obwohl er der große Privatisierer in der Sache war. Richtig ist: der S-Bahn Hannover laufen die Kunden weg. Dass ist nicht allein die Folge von Missmanagement eines privaten Unternehmens, sondern die Folge politischer Entscheidungen. Oder anders ausgedrückt: Die privaten Betreiber werden irgendwann gehen, die politischen Entscheider bleiben. Letztere sind also eher

unser Problem, wenn die millionenschweren Folgekosten und das Chaos im S-Bahnverkehr weiterhin ohne politische Konsequenzen bleiben.



Kein Bock auf Chipkarte? Das Schweigen des Verkehrsdezernenten

Erst nach massivem Druck in der Regionsversammlung und im Verkehrsausschuss durch unsere Fraktion hat sich die Regionsverwaltung dazu durchgerungen, das Deutschlandticket in der Region Hannover auch als Chipkarte anzubieten. Die Einführung wurde jedoch durch die Verkehrsbetriebe fast totgeschwiegen. Auf unsere Nachfrage erklärt nun Verkehrsdezernent Franz, dass er sich den Misserfolg der Chipkarte wünsche. Damit will der SPD-Mann rund 20 Prozent der Bevölkerung vom Ticket ausgrenzen, die nachweislich kein Smartphone nutzen. Dies trifft übrigens überwiegend ältere Menschen in der Region.



Kosten der Unterkunft – Miete nicht vom Mund absparen

Das Jobcenter Region Hannover betreut seit Januar 2005 die Bezieher von Arbeitslosengeld-II in der Region Hannover. Rund 1.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind an 19 Standorten Ansprechpartner für die Kunden der etwa 56.000 Bedarfsgemeinschaften der Region Hannover. Die Höhe der Kosten der Unterkunft wird dabei von der Regionsversammlung politisch beschlossen. Unser wichtigstes Anliegen auf der Regionsversammlung am 17.9.2024 war, dass wir eine öffentliche Debatte zu den Kosten der Unterkunft in der Region erhalten. Transfergeldempfänger haben in der Regionsverwaltung keine ausreichende politische Lobby. Einen runden Tisch Radverkehr kriegt die Region hin, sich aber mit betroffenen Transfergeldempfängern an einen Tisch zu setzen, dafür sind sich die Damen und Herren der Verwaltung zu fein. Das Ergebnis: die Mietzuschüsse sind nach unserer Auffassung zu gering, Mieten werden in der Region Hannover vom Mund abgespart. Wir fordern daher auch weiterhin einen Runden Tisch zum Thema Kosten der Unterkunft. Die Sozialdezernentin muss sich mit Betroffenen und deren Verbänden an einen Tisch setzen, um die notwendigen Bedarfe zu ermitteln.



Klinikum Region Hannover – Keine schleichende Privatisierung auf Raten



Der Kampf um die Medizinstrategie geht in die nächste Runde. Krach ist klar, dass er die Privatisierung des KRH nur Stück für Stück durchsetzen kann. Die Vorgaben der Bundes- und Landespolitik machen es mittelfristig unmöglich kommunale Krankenhäuser zu finanzieren, das ist jedem in der Regionsversammlung klar. Auch CDU-Oppositionspolitiker Schlossarek weint da nur seine Lehrer Krokodillstränen, weil die Bundes-CDU im großen Stil Berater der Bertelsmann Stiftung im Schlepptau hat. Deren Ziel ist klar: mittelfristig weniger als 1.500 überwiegend private Krankenhäuser in der Bundesrepublik. Auch Krach hatte solche Berater hier vor Ort. Das BSW und nicht die Madsack-Presse hat das aufgedeckt. Eigentlich schade - oder? Allen vor Ort ist dabei klar, dass die regionalen Krankenhäuser nur dann erhalten bleiben, wenn das Land Niedersachsen seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt und die notwendigen Kosten für die Krankenhausinfrastruktur stemmt. Nur unsere Fraktion hat eine Resolution eingebracht, die das Land verpflichten soll, die notwendigen Finanzmittel endlich zur Verfügung zu stellen.

Gut unterwegs – auch mit Behinderung

Unsere Fraktion macht sich für eine selbstbestimmte Behindertenpolitik stark. Dazu gehört auch der barrierefreie öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Wir haben uns dafür stark gemacht, dass die Bahnen der Üstra zu allen Zeiten die Türen an den Haltestellen öffnen müssen. Im Falle der Umsteiganlage an der Noltemeyerbrücke haben wir Druck gemacht, dass das Leitsystem für Menschen mit Sehbehinderung nach jahrelangen Dauerversagen endlich in Betrieb genommen wird. Regelmäßig fragt unsere Fraktion an, ob alle Fahrstühle und Rolltreppen funktionsfähig sind.



Verkehrsinfrastruktur der Zukunft – Mit Schnellstraßen zurück in die Vergangenheit

Der Umbau des Südschnellwegs zeigt es in aller Deutlichkeit: das regionale Schnellwegesystem ist marode. Statt aber in Hannover ein neues Mobilitätszeitalter einzuläuten, setzen die Verkehrsplaner auf den motorisierten Individualverkehr und den Güterverkehr mittels Lastkraftwagen. Dafür werden Milliardenmittel in die aufwendige und jahrelange Sanierung maroder Verkehrswege gepumpt. Bürgerbeteiligung bleibt dabei Fehlanzeige. So wurde den Bewohnern jahrelang vorgegaukelt, dass es sich bei der Sanierung des Südschnellwegs um eine überschaubare Baumaßnahme handelt. Massive Eingriffe in Natur- und Bodenressourcen wurden weggeschwiegen. Es bleibt fraglich, ob das Megaprojekt im Kosten- und Zeitrahmen bleibt. Und: es droht im Falle des Ausbaus des Westschnellwegs ein ähnliches Desaster. Die BSW-Fraktion wird in beiden Fällen einen Blick darauf werfen, ob Kostenrahmen eingehalten und Bürgerbeteiligungen umgesetzt werden.



Wohnen in unserer Region muss wieder bezahlbar werden

Die Losung Wohnen muss bezahlbar bleiben ist längst überholt. Für viele Haushalte ist dies nur ein Versprechen. Der Kampf lautet daher: Wohnen in der Region Hannover und insbesondere in der Landeshauptstadt Hannover muss wieder bezahlbar werden. Nur durch die Schaffung eines öffentlichen Bauprogramms mit einem Volumen von 200 Millionen Euro über die nächsten fünf Jahre können in der Region Hannover armutssichere wohnungspolitische Verhältnisse geschaffen werden. Denn nur so können die über 28.000 Wohnungen, die in der Region Hannover fehlen, tatsächlich gebaut werden. Dafür muss das Eigenkapital der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften (u.a. hanova und KSG) in der Region Hannover deutlich erhöht werden, aber auch die Landespolitik in die Pflicht genommen werden. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft muss endlich vom Schlafwagen- in den Turbomodus umschalten.

An der Seite der örtlichen Friedensbewegung

Kommunalpolitik ist gut beraten, über den Tellerrand zu schauen. Der Krieg in der Ukraine, aber auch die Aufrüstungspläne des Bundes und die Stationierung von neuen US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen bedrohen die europäische Sicherheit und Friedensordnung. Die BSW-Fraktion hat in der Regionsversammlung das Thema zum Gegenstand der Debatte gemacht. Zum Teil waren die Diskussionsergebnisse ernüchternd. Wer, wie wir als BSW-Fraktion, für die gegenwärtigen Kriege in der Ukraine und in Nahost statt ständig neuer Waffenlieferungen einen Frieden durch Verhandlungen fordert, muss mit Schaum vor dem Mund statt mit Argumenten rechnen. Kommunalpolitiker, die über klamme Kassen klagen, aber keine regionalen friedenspolitischen Impulse setzen wollen, gehören leider zum Alltag in der Regionsversammlung. Vor Ort setzen wir uns dafür ein, dass die Bundeswehr nicht für die Rekrutierung junger Menschen in den Kriegseinsatz im öffentlichen Personennahverkehr werben darf. Damit stehen wir an der Seite der Friedensbewegung die seit Jahren klarstellt: Kein Werben fürs Sterben im öffentlichen Raum!



Krieg oder Frieden?
Sie haben **jetzt** die Wahl!

Kommunale Demokratie in der Region – eine kritische Bestandsaufnahme

Die örtliche Presse berichtet zu wenig über die Debatten in der Regionsversammlung. Am Ende wundern sich die Verantwortlichen, wenn die Menschen nicht zu den Kommunalwahlen gehen. Das BSW ist in punkto Anträge und Anfragen die aktivste Fraktion, gemessen an ihrer Größe. Wir kommen aber mit unseren Vorschlägen nicht bei der örtlichen Presse vor. Dann entsteht schnell der Eindruck, dass die Fraktionen jenseits der CDU nicht hart dafür arbeiten, das Durchregieren von Regionspräsident Krach zu kritisieren. Das ist ein bedauerlicher Zustand am Pressestandort Hannover. Denn wir sehen die politischen Entwicklungen in der Regionsversammlung Hannover mit einigen Bedenken. Wichtige Entscheidungen werden ohne die notwendigen sachlichen Debatten geführt. Sowohl der Abbau der Krankenhausinfrastruktur in der Region als auch die desaströse Privatisierung des S-Bahn- und Regionalverkehrs in Hannover wurden vom BSW immer wieder zum Gegenstand der Debatte in der Regionsversammlung gemacht. Aber selbst der Versuch, über die Situation der wirtschaftlich angeschlagenen privaten Nahverkehrsbetriebe öffentlich zu diskutieren, wurde von der Mehrheit der Altparteien weggestimmt. Die Hoffnung, dass die Regionsversammlung durch den Erfolg kleinerer Parteien vielstimmiger und kritischer gegenüber der Verwaltung werden würde, ist in dieser Wahlperiode komplett enttäuscht worden. Entweder haben sich die diversen Zusammenschlüsse kleinerer Parteien durch Untätigkeit „hervorgetan“ oder ihr Heil in der Kooperation mit der „Regierungskoalition“ gesucht. Dass die Regionsversammlung die Verwaltung konstruktiv kritisch begleitet, kann die BSW-Fraktion immer weniger erkennen. Die Aushebelung der eigentlichen Kontrollfunktion des Kommunalparlaments droht. Dem gilt es entgegenzuarbeiten.



Kommunale Haushaltspolitik – Bund und Land in die Pflicht nehmen

Die Regionsversammlung übt die Haushaltshoheit in der Region aus. Jedes Jahr im Dezember wird der Haushalt für das Folgejahr verabschiedet. Auch unsere Fraktion hat sich mit Einzelanträgen an den Haushaltsdebatten beteiligt. Im Jahr 2023 haben wir zudem eine Resolution eingebracht, die insbesondere die Landespolitik in die Verantwortung nehmen sollte, sich für die Altschuldentilgung der Kommunen in Niedersachsen stark zu machen. Solche Altschuldentilgungsfonds gibt es in mehreren Bundesländern – leider nicht in Niedersachsen. Das Defizit der Region Hannover beträgt auch in diesem Haushaltjahr rund 115 Millionen Euro. Der Schuldenberg der Region summiert sich auf insgesamt 1,6 Milliarden Euro. Auch der Bund stellt regelmäßig zu wenig Mittel bereit, um die Kommunen dort zu finanzieren, wo diese Bundesangelegenheiten ausführen (*Verletzung des so genannten Konnexitätsprinzip*). Es ist eine Illusion kommunaler Haushaltspolitik, zu glauben, dass die kommunalen Finanzen ohne das Engagement von Bund und Land saniert werden können. Dafür brauchen wir aber eine rebellische Kommunalpolitik, die sich wirksam mit den Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene anlegt. Die BSW-Fraktion wird hier weiterhin den Finger in die Wunde legen.

Was sonst noch wichtig war...

In dieser Zwischenbilanz haben wir die Kernpunkte unserer politischen Arbeit präsentiert. Viele weitere Themen haben uns die letzten drei Jahre beschäftigt. Die Aufarbeitung der Folgen der falschen Corona-Politik, die Straffreiheit des Fahrens ohne Fahrschein im ÖPNV, ein Memorandum gegen weitere Müllverbrennungsanlagen in der Region, die ökologische Bedeutung von Kleingärten, die Folgen der Pleite der Greensillbank für die Kommunen der Region, die Regelung der Kosten für Hochwassergeschädigte bei der Sperrmüllentsorgung und andere Themen waren Gegenstand von Anfragen und Anträgen unserer Abgeordneten. Auf unseren sozialen Medien haben wir diese Arbeit dokumentiert.



Bündnis **Sahra** Wagenknecht

Fraktion in der Regionsversammlung Hannover

Unsere Abgeordneten

Wir werden auch die nächsten zwei Jahre **aktiver und streitbarer Teil der Regionspolitik** bleiben. Haben Sie Fragen und Anregungen zu unserer weiteren Arbeit, schreiben Sie uns, wir freuen uns mit Ihnen unsere Arbeit weiterzuentwickeln.

Ihre **Jessica Kaußen**
Fraktionsvorsitzende

- Regionsausschuss
- Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Teilhabe
- Gesundheitsausschuss
- Ausschuss für Abfallwirtschaft
- Ausschuss für Organisation, Personal, Finanzen und Digitalisierung
- Jugendhilfeausschuss
- Ausschuss für Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Diversität



Ihr **Dr. Ulrich Wolf**
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

- Verkehrsausschuss
- Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz
- Ausschuss für Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europaangelegenheiten
- Ausschuss für Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport
- Ausschuss für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Kontakt Kaußen

 [Kaussen.BSW](https://www.facebook.com/Kaussen.BSW)
 [Jessica.Kaussen](https://www.instagram.com/Jessica.Kaussen)
Jessica.Kaussen@regionsversammlung.de
+49 176 61817876

Kontakt Dr. Wolf

ulrich.wolf@regionsversammlung.de
+49 176 63339359

 www.bsw-regionsfraktion-hannover.de

 [@Regionsversammlung](https://www.facebook.com/Regionsversammlung)

 [@bsw_regionsversammlunghannover](https://www.instagram.com/bsw_regionsversammlunghannover)

 FraktionBSW@regionsversammlung.de